

Merseburger Anzeiger

Erste Seite täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatslich für Schüler 3,50 Mk., frei Haus 4, —; durch außer Landes 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen halbjährig extra. Einzelnummern 25 Pf. Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den halbjährigen Anzeiger 80 Pf., für den vierteljährigen 40 Pf., für den monatlichen 10 Pf. (einschließlich Porto). — Telefon Nr. 324. —

Nr. 103

Donnerstag den 16. Mai 1920

46. Jahrg.

Die Angestellten als Staatsbürger.

Von Gustav Schneider-Sachsen, M. d. R.
Der alte Staat mit seiner auf die Kleinrentenverhältnisse bestimmten Klasse eingestellten Staatsbürger, die Angestellten niemals als Staatsbürger zur Geltung kommen lassen. In den Staatsparlamenten sorgten Dreißigtausend, Hunderttausend, öffentliche Zustimmung und andere wissenschaftliche Bestimmungen dafür, daß die Angestellten ihre Vertreter in sie einbringen konnten. Dabei wurden eine Menge wichtiger Lebensfragen der Angestellten auf dem Gebiet des Wohnens, der Erziehung, der Gesundheitspflege, der Arbeitszeit (Sonntagsruhe) u. a. in den Staatsparlamenten entschieden. Nicht besser war es in den Parlamenten der Einzelstaaten. Das preussische Dreißigtausendrecht ließ die Angestellten von einer Vertretung im preussischen Abgeordnetenhaus völlig aus. Das einzige Recht, das ihnen blieb, war das Recht, ihren Stimmzettel abzugeben. Aber auch das war durch die öffentliche Wahl noch beschränkt. Wie den Angestellten, der nach seiner Übergangung gewählt hätte, wenn sie nicht anfänglich zu der als „Kleinstrenten“ anerkannten „Staatsangehörigen“ in allen Staaten meist aber nur konfessionelle Gesinnung, ebenfalls fanden noch Antikienten Gnade vor den Augen der Verfassungen. Aber auch dann hatte die Stimmabgabe einen rechtlichen Zweck. Da die Angestellten mit ihrem geringen Einkommen meist zu den „kritischsten“ Wählern gehörten, hatte die Stimmabgabe nur den Wert einer leeren Demonstration. Wie in Preußen, war es auch anderswo. Die entscheidende Stimme hatte der Soldat; wer nur seine lebendige Arbeitskraft einzusetzen hatte, war mindere Macht. Der hohe Satz der preussischen Verfassung: Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, war oftener Toben.

Nach im Reiche war es nicht anders. Jeder bestand hier das gleiche, gleiche, allgemeine und unmittelbare Wahlrecht, aber eine künstlich aufrechterhaltene Wahlkreisverteilung sorgte dafür, daß dieses freie Wahlrecht nahezu unbrauchbar wurde. Trotz immer wiederholter Anträge weigerten sich die konservativen Parteien, durch eine neue Wahlkreisverteilung der gemäßigten Bevölkerungsbewegung, die in Deutschland seit 1871 eingetreten war, Rechnung zu tragen. Der Erfolg dieser Wahlkreisreform war auch hier für die Angestellten katastrophal. Denn die Angestellten, die Arbeiter der verschiedenen Wirtschaftszweige sind, waren natürlich bei den Wahlkreiszugriffen aus dem Zentrum des Wahlkreises am stärksten betroffen. Aber da die Arbeiterklasse nur die gleiche Zahl der Abgeordneten zu wählen hatten, wie die dünnbesiedelten ländlichen Bezirke, so hatten die Angestellten auch bei der Wahl zum Reichstag keine Möglichkeit, ihrer Stimme Geltung zu verschaffen. Bis zum Tage des Zusammenbruchs haben die konservativen Parteien in selbstherrlicher Verbildung sich geweigert, dem Volke zu geben, was das Volk will. Das Volk und mit ihm die Angestellten haben sich die Wahl schließlich selbst genommen. Und nun sehen wir, daß die ehemals Privilegierten in allen Staaten, in den Ländern und im Reich Vertreter haben, die sich für ihre Rechte einsetzen. Der Erfolg ist nicht unbeschreiblich! Die Weimarer Verfassung ist wohl die einzige der Welt, die die Arbeitskraft des Reichens unter dem Schutz der Verfassung stellt, die das soziale Recht und die sozialwirtschaftliche Vertretung der Arbeitnehmer verfassungsmäßig festlegt. In der Verfassung haben die Sozialistpartei die Grundlagen des sozialen und demokratischen Volkstaates geschaffen, der jeden Volksgenossen, ohne Unterschied des Vermögens, des Standes oder der Geburt zum vollen Bürger einrechnet. Aber gerade die Angestellten müssen hierin die neuen Rechte von der Reaktion herbeiführen. Es liegt ja klar auf der Hand, daß die konservativen Parteien, die bisher alle Macht allein in den Händen hatten, mit allen Mitteln danach streben, sie wieder in die Hände zu bekommen. Mit dem Gebirge der Schwerindustrie, das aus den Kriegsgewinnern stammt, die ihnen die konservativen Freunde angehängt haben, wird eine mächtige verbundene Propaganda gegen die Sozialistregierung getrieben. Angestellte, denkt an die jüngerlichen Schüler, die auch die Schwerindustrie während des Krieges gesegnet hat! Mit den an erster Stelle stehenden Millionen wird versucht, auch zu umgarnen und für die Zwecke der Reaktion einzufangen.

Die Sozialistregierung hat natürlich in 14 Jahren nicht wieder gut machen können, was die konservativen Parteien in fünf Kriegsjahren verfaßten haben. Nicht die Sozialistregierung ist also an den traurigen Zuständen schuld, unter denen wir leben, sondern die alte konservative Regierung und die konservativen Parteien, die diese Zustände durch ihre maßlose Kriegsgewinnpolitik herbeiführten. Es ist schon besser geworden und es wäre noch viel besser, wenn nicht zu den reaktionären Kräften von links auch der Wutsturm von rechts gekommen wäre. Diese beiden Kräfte arbeiten sich in die Hände. Wie sie im Parlament immer gemeinschaftlich hinarbeiten, so arbeiten sie im Lande gemeinsam, um den Widerstand des Volkes auf zu hinterhalten. Jede von ihnen hofft, daß bei einem solchen Zusammenbruch Deutschlands ihr Weizen blühen wird. Aber den Zusammenbruch nicht will, wer trotz aller konfessionell-militärischen Bewandlung noch an die deutsche Volkstugend glaubt, der muß, daß es nur eine Rettung gibt für Deutschland: die Koalition der Parteien, die die Weimarer Verfassung stützen und Deutschland vom Rande des Abgrundes noch im allerletzten Augenblick zurückzuführen.

Deutschland und die Entente.

Deutschlands Beziehungen zur Entente.
Das Reichsministerium hat am Mittwochabend gemeinsam mit den in Berlin anwesenden Ministerpräsidenten und Ministern der einzelstaatlichen Regierungen die von der britischen Regierung in Bezug auf den deutschen Vertrag geschickten. Über einstimmig ergab sich dem, daß die deutsche Regierung weder Vertreter zur Konferenz nach Spa entsenden solle, noch zu dem am 16. Mai in Paris stattfindenden Wirtschaftskongress, wenn nicht vorher die französischen Regierung aus Straßburg und dem übrigen Lotharingen zurück-

Verhandlungen über die Räumung Frankfurts uho.

Paris, 15. Mai. (Z. N.) General Sollet ließ bekanntgeben, daß nach den begangenen Kontrollarbeiten vorzuziehen sei, daß die Franzosen in der Räumung von Straßburg als im 8. August 1919 festgelegten Termin in Erfüllung gebracht werden. Infolgedessen erwiderte Marichal, daß der General Deputierte, einen Offizier und fünf Soldaten nach dem deutschen Regierung über die eingehende Räumung der seit dem 1. April befreiten Zone zu unterhandeln. Die Räumung wird durchgeführt werden, sobald die Ergebnisse der Kontrollarbeiten offiziell bekannt sind.

Die französisch-englischen Verhandlungen.

Sollstone, 15. Mai. (Z. N.) Die britische und französische Delegation sind gestern in Kollektion eingetroffen.
Ein neues Attentat auf Erzerger.
Eastingen, 15. Mai. (Z. N.) Gestern Abend veranstaltete die hiesige Zentrumspartei eine Versammlung, in der Erzberger durch Dragen 1/10 Uhr wurde von der Straße durch ein Fenster eine Bombe in den Saal geschleudert, die im Saalraum explodierte. Die Splitter drangen zum Teil bis auf das Gehirn hinein, verletzten aber niemand. Der verblühte Saal war sofort in Rauch getaucht. Alles floh auseinander. Von dem Täter hat man keine Spur.

Weiterbestehen der Einwohnerwehren.

München, 15. Mai. (Z. N.) Der hiesige Landesoberpräsident hat die Einwohnerwehren in Bayern heute auf der Tagung in Potsdam mit, was ein zehnjähriges Bestehen die hiesigen Wehren verleiht, daß man sich in Paris mit dem Weiterbestehen der Einwohnerwehren abgeben habe.

Ein Arbeitgeberverband der Städte.

München, 15. Mai. (Z. N.) Nach einer Mitteilung des hiesigen Magistrats sind Verhandlungen angefallen worden, einen Arbeitgeberverband für die Städte im ganzen Reich zu bilden. Diese Verhandlungen liegen unmittelbar vor dem Abschluss.

Die Streikbewegung unter den Bauarbeitern.

Berlin, 15. Mai. (Z. N.) Berlin steht am Vorabend eines neuen Bauarbeiterstreiks. Die gemeinsame Sitzung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bauarbeiter und des Deutschen Bauarbeitervereins am heutigen Vormittag bewachte eine Einigung zwischen den beiden Verbänden herbeizuführen. Der Allgemeine Verband ist für den Streik, während der Deutsche Bauarbeiterverein einen solchen im allgemeinen Augenblick als unzulässig ablehnt. Wenn der Allgemeine Verband die Entscheidung auf sich nimmt, mit einer Streikaktion anzutreten, so werden die Verhandlungen mit dem Bauarbeiterverband, die seit dem 1. März begonnen haben, zu dem Abschluss kommen, so daß sich ungefährlich über 50000 Bauarbeiter im Ausland befinden.

gesprochen werden seien, da jede Voraussetzung für die weitere Anrechtshaltung der Wehrung bündeln gekommen sei.
Aus Berlin erfahren wir hierzu, daß ein förmlicher Kabinettsbeschluss nicht gefaßt worden ist. In der letzten Kabinettsitzung haben die Vertreter der liberalen Parteien teilgenommen, und dabei ist die Angelegenheit von beiden Seiten der anderen Seite in der oben angegebenen Richtung behandelt worden.

Die Pariser Presse über Millierands Begehung mit Lloyd George.
Paris, 14. Mai. Millierand hat heute nachmittags um 1 Uhr 30 Min. in Begleitung des Finanzministers Francis Malraux nach Spa fahren abgereist und ist mit Lloyd George bei Spa zusammengetroffen. Nach dem Bericht der letzten englischen Presse herrscht in politischen Kreisen die Überzeugung vor, daß zwischen Millierand und Lloyd George verhandelt werden wird, die Konferenz von Spa am 16. Mai um 10 Uhr in Paris zu eröffnen. Die Konferenz wird „aus“ genannt, was im Grunde, als ob Frankreich in zwei Jahren nachgeben bereit wäre. Das Wort macht nämlich darauf aufmerksam, daß eine Festlegung der Gesamtsumme der von Deutschland zu leistenden Entschädigung, die von den konservativen Parteien und in der Note der Alliierten am 16. Juni 1919 vereinbart ist, die Rückzahlungskommissionen müßte aber das Reich haben, ihre Zustimmung zum Vertrag Deutschlands zu erklären. Auch in einem anderen Punkt herrscht zwischen Frankreich und England ein Meinungsunterschied, nämlich die von Deutschland zu leistende Entschädigungsumme allein zu zahlen, sondern England nach einem bestimmten einen Teil davon zu übernehmen. Diese zwei Punkte scheinen Frankreich, wenn man dem „Zensus“ glauben darf, allerdings unter einer für Deutschland schwerwiegenden Bedingung zu genehmigen, indem es nämlich eine außerordentlich hohe Entschädigungsumme von Deutschland verlangen wird. Vielleicht kann man aber aus dem letzten Leitartikel der „Times“ schließen, daß England nicht willens ist, für die übertriebenen französischen Forderungen einzutreten. Das Wort führt nämlich: Die finanziellen Vorläufe Millierands würden lokalität erwogen werden. Die Verluste und Schäden Frankreichs würden lokalität gewährt werden, aber man dürfe nicht erwarten, daß England alle Gewinne Frankreichs in dieser schwierigen Frage sich zu eigen mache. England müßte auch seine eigenen Bedürfnisse, die es heute habe und in Zukunft haben werde, in Rechnung ziehen. Vielleicht spielt die „Times“ darauf an, daß die Politik Englands in nächster Zeit einen anderen Anschlag auf Deutschland oder wenigstens die Herabsetzung der finanziellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands erforderlich machen werde.

Deutschland behält seine Bisherige Forderung.

Berlin, 15. Mai. Die deutsche Bisherige Kommission in London hat erreicht, daß die Bisherige Forderung, die nach dem Vertrag von Versailles festgelegt ist, im Lande bleiben. Damit wird der deutschen Bisherige die weitere Verwirklichung ermöglicht. Allerdings ist dieses Ziel erreicht erst durch außer große Opfer erreicht worden. Es hat die deutsche Regierung demgegenüber die Verwirklichung von Verträgen und die deutsche Forderung der Materialleistungen.

Eröffnung des Völkerkongresses.

Rom, 15. Mai. Der Völkerkongress ist hier unter Teilnahme aller in 140 vertretenen Vertreter der Völker eröffnet worden. Zum Vorsitzenden wurde Dittioni, der Vertreter Italiens, gewählt, der in seiner Eröffnungsrede auf den Geist der Eintracht hinwies, der bisher in der Welt herrschte. Er betonte, daß es, wenn der Völkerkongress eine wirkliche Macht werden sollte, nötig sei, sich stets an die Grundgesetze internationaler Gerechtigkeit zu halten. Es wurde bestimmt, daß die nächsten Beschlüsse nicht in öffentlicher Sitzung, sondern in einer von internationaler Bedeutung sein, in der Teilnahme der Delegierten werden soll.

Der deutsche Flottenvertrag.

ist am Donnerstag an die britische Marinebehörde abgeliefert worden.

Attentat auf den türkischen Großvezir.

London, 15. Mai. (Z. N.) Neuer. Die Väter meben an Konstantinopel. Ein Polizist verurteilte den Großvezir in seiner Wohnung zu erschlagen. Er verurteilte aber nur einen Mann. Der Täter wurde verhaftet.

Polen zum Frieden bereit?

Warschau, 15. Mai. (Z. N.) In der Kommission für auswärtige Angelegenheiten erklärte der Ministerpräsident, die letzten Siege der polnischen Armee ermöglichen der polnischen Regierung die Wiederannahme von Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland.

Die englischen Arbeiter können kein Kriegsmaterial für die Feinde Gometrußlands.

London, 15. Mai. (Z. N.) Wie dem „Amsterdamer Telegramm“ von hier gemeldet wird, beschließen die Bundessänger, kein Schiff zu laden, das Kriegsmaterial nach einem mit der russischen Regierung verfahrenen Lande fährt. Schiffgebeten müßte ein englisches Schiff, das Geschütze und Munition für die polnische Regierung an Bord hätte, diese Kriegsmaterialien ausladen.

Ein neuer Krieg.

Amsterdam, 15. Mai. (Z. N.) Ein Konstantinopeler Meldung zufolge hat Wehrbesatzung an Armenien den Krieg erklärt.

Neue Unruhen in Irland?

London, 15. Mai. (Z. N.) Wie der politische Mitarbeiter der „Daily Mail“ meldet, ist man in den Parlamenten des britischen Unterhauses allgemein der Ansicht, daß die Regierung größere Truppenmassen nach Irland werfen müßte. (Nachricht nur, um Irland „zu machen“ und dem Rechte der Selbstbestimmung der Völker! So wie es England versteht! D. N.)

Günstige russisch-italienische Friedensverhandlungen.

Sopotschka, 15. Mai. (Z. N.) Die „Berlinerische Ebene“ wird aus Kenntnis über den Verlauf der russisch-italienischen Friedensverhandlungen: Die Forderung der Unterwerfung der völligen Unabhängigkeit Litauens ist ohne Debatte beseitigt worden. Es sei zu erwarten, daß die beiden völligen beiden Ländern baldig unterzeichnet werden könne. Die erste Folge des Friedens werde sein, daß in Rom eine diplomatische Vertretung eingerichtet werden würde, die sich dem Charakter eines halbamtlichen Verkehrs erheben könnte als letztes Glied in der Serie Moskau-Berlin.

Carrazza verläßt Mexiko.

St. Peto, 15. Mai. (Z. N.) Der von den amerikanischen geständeten Präsident Carranza hat die Erbinde erhalten, Mexiko zu verlassen.

Neue Gefahren für die zweite schlesische Zone.

Paris, 15. Mai. In der letzten Kabinettsitzung, der Marling und Clauzel, der englische und französische Delegierte in der internationalen Kommission für Schlesien, beabsichtigt, wurde zwar über das endgültige Schicksal der zweiten Zone von Schlesien eine Mitteilung über die Sitzung läßt sich ersehen, daß die Vorkonferenz geneigt ist, dem Wunsch der Bewohner der zweiten Zone, welche sich für Dänemark entschieden haben, insofern entgegenzukommen, als die Dänische Regierung über die Wahl erklärt hat, Schlesien an Dänemark fallen dürfte. Dieser Beschluß scheint deshalb erfolgt zu sein, weil die Bewohner der ersten Zone von Schlesien, welche an Dänemark fällt, an dieser Frage interessiert sind. Eine Erweiterung der Grenzen der zweiten Zone, welche für Dänemark stimmten und welche Frankreich eintritt, dürfte nicht beabsichtigt sein. Die deutsche Regierung wird gegen diese Auffassung sofort nachdrücklich Protest einlegen.

Die Einigung der Armenenabteilung in der ersten Zone.

Die „Times“ melden aus Sopotschka: Der Finanzminister des Reiches hat eine Mitteilung über den Betrag von 90 Millionen Kronen für die Einigung der Armenenabteilung in der ersten Zone, 16. Mai. sollen an die nordwestlichen Provinzen und Sparta fallen. Als Darlehen verteilt werden, 10 Millionen dienen der Abwendung des Hungertodes in der Übergangszeit.

Protest gegen die Internationalisierung der 2. Zone.

Berlin, 15. Mai. Gegen die Internationalisierung der 2. Zone protestieren in Schlesien 816 Personen durch Unterschrift unter die Erklärung des Schlesien-Schlesien-Bundes.

Die Lage im Reich.

Ausfuhrer der bundesstaatlichen Regierungen mit der Reichsregierung.
Aus Berlin wird berichtet:
Über den Verlauf der Konferenz der bundesstaatlichen Regierungen mit der Reichsregierung in Berlin ergibt der Darmstädter Vertreter des „Mittagsblattes“ folgende Mitteilungen: In den Vorbesprechungen, die einen sehr regen Verlauf nahmen und in die isten Auswirkungen vollen Erfolg verließen, nahmen die Präsidenten bzw. Minister sämtlicher Landesregierungen teil. Wozu war durch seinen neuen Zustimmungen vertreten. Es wurden zunächst alle wichtigen Fragen der inneren Politik erörtert, als deren Ergebnis festzustellen ist, daß über alle schwerwiegenden Fragen völlige Einigkeit erzielt wurde. Die wichtigsten Besprechungsgegenstände wurden durch gründliche Ausprache erledigt. Der allem war man durchaus einverstanden in der Campagna des Verbandes der Reichseinheit. Es herrschte hierüber völlige Einmütigkeit, daß niemand daran dachte, das Reich auseinanderzureißen oder auseinanderzureißen zu lassen. Wozu wurde das auch von Bayern betont. Die Reichsregierung ist, wie aus dem Verlauf der Verhandlungen geschlossen werden kann, außerordentlich Stimmung nicht nur bezüglich der inneren Politik, sondern auch bezüglich der äußeren. Man vertritt wohl darauf, daß der von französischen Verbänden gehegte Plan eines Freizugverkehrs, Staatsanbans, der sich von Schweden bis zu Frankreich erstrecken soll und in dem nördlich Frankreich eine Rolle spielen würde, dem konstanten Widerstand seines britischen Entgegenkommens begegnet wurde. Des weiteren wurde die Frage der Grenzschließung und der Landesregierungen eingehend besprochen, und man war sich darüber klar und einig, daß der Ausbau des Reiches als Organ für die Ver-



An die Wähler in Stadt und Land!

Nur wenige Wochen trennen uns noch von dem Tage, an dem durch den Ausgang der Reichstagswahl das Schicksal unseres Vaterlandes für vier Jahre entschieden werden soll.

Die Deutsche demokratische Partei

Zweck: Erhebung des Vaterlandes aus seiner Erniedrigung! Erlösung des deutschen Volkes aus den Fesseln von Versailles. Durchführung eines Friedens der Gerechtigkeit und der nationalen Selbstachtung und Selbstbestimmung; Aufrichtung einer Völkervereinigung, frei von Haß und Verleumdung, mit dem letzten Ziele einer wahren Völkervereinigung. Aufrechterhaltung und Vertiefung der internationalen und völkischen Beziehungen zu den gemäßigten abgetrennten Völkern und zu dem deutschen Volkstamm in der ganzen Welt.

Die Deutsche demokratische Partei hat positive Arbeit

geleistet, und wenn auch nicht die Wünsche aller erfüllt werden konnten, so darf sie doch stolz von sich behaupten, das im Augenblick Mögliche erreicht zu haben. Das hat selbst ein deutschnationaler Führer, der Abgeordnete v. Kardorff,

„keine andere Regierung hätte besser machen können!“

Die Zeiten der absoluten Klassenrivalität sind vorbei! Durch ihren so vielfachmächtigen Eintritt in die Koalitionsregierung hat die Deutsche demokratische Partei ihrer Aufschwung Geltung verliehen, daß heute nicht mehr ohne, sondern nur noch mit der Arbeiterpartei ein gezieltes Zusammenarbeiten möglich ist. Wir wenden uns aber auch ebenso energig gegen die alles zerstörenden Bestrebungen der linksradikalen Parteiführer. Wir leben der festen Zuversicht, daß das deutsche Volk reif für einen sozialen Volksstaat ist.

Wir treten in den Wahlkampf mit der Gewißheit ein, daß die deutsche Demokratie getragen sein wird von dem Vertrauen und von der Hoffnung unseres Volkes!

In dieser Gewißheit treten wir vor das deutsche Volk mit folgender Wahlparole:

Eidung und Stärkung der Demokratie als der einzigen freien und völkerverbindenden Kraft, Festigung der Staatsautorität nach innen und außen auf dem Boden einer wahren demokratischen Staatsordnung.

Demokratisierung der Verwaltung, Bekämpfung des Reichswehr mit demokratischen Mitteln, Kampf gegen den Unfriede von rechts und von links, Aufrechterhaltung der Verfassung und der Rechte eines freien Volkes gegen jede Diktatur

reaktionärer oder bolschewistischer Minderheiten. Abschaffung jeder Nebenregierung.

Sozialer Ausgleich und soziale Versöhnung und auf dieser Grundlage: Verschmelzung des inneren Friedens und Wiederaufrichtung unserer zusammengebrochenen Wirtschaft.

Wirtschaftliche Selbstbestellung und soziale Fürsorge für Beamte, Angestellte und Arbeiter.

Widerstand der Jugendbewegung, nachhaltige Förderung der Produktion, insbesondere von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft.

Kampf gegen jede Korruption, gegen Ausbeutung, Wucher und Schiebertum, Scheitler des deutschen Volkes zur wirtschaftlichen Moral und zum alten Arbeitseifer.

Erhaltung deutscher Kultur und deutscher Sitten. Ungezügelter Aufbruch der Leistungen, sichere Grundlagen für eine nachher nicht mehr zu erreichende, soziale und kulturelle Gestaltung aller Volksschichten und dementsprechenden Ausbau und Ausbau des Schulwesens. Achtung der religiösen Überzeugung und der freien Freiheit!

Friede und Gerechtigkeit hat die bisher von den

Rechtsparteien betriebene grundsätzliche Opposition auf den Wiederaufbau unserer Staats- und Wirtschaftslebens eingewirkt.

Die Rechts-Parteien

haben nicht nur die Verfassung abgelehnt, haben nicht nur den jungen Staat durch die Ablehnung des Staats die Mittel zum Aufbau seines Wirtschaftslebens verweigert, sondern auch durch diese grundsätzliche Opposition den radikalen Elementen zu fortgesetzten Verbrechen gegen die Regierung Anlaß gegeben. Sie waren es, die den Boden für den

Kapp-Putsch

vorbereitet haben, durch den der langsam einsetzende Genesungsprozess unseres Wirtschaftslebens, der sich in

erhöhtem Arbeitswillen unserer Volksgenossen und in der Befreiung unserer Beziehungen zum Ausland

offenbar zu zeigen begann, mit einem Schlag zum Schabek des gesamten Volkes zunichte gemacht wurde.

Wer mit uns eintritt ist im Willen anzuwärtig und vorwärts, in der Klarheit über die Wege, die dahin führen, wer unerschütterlich an das deutsche Volk glaubt, wer die Verfassung in Szene bringen will, der schließt sich unseren Reihen an, der schließlich nicht die Macht einer Stimme an Parteien, die Unmögliches wollen und uns dadurch weiter in unersichtliche, zerstörende, innere Kämpfe fügen.

Deutsches Volk! Jetzt gilt es!

Recht oder Gewalt, Freiheit oder Knechtung, Gleichheit oder Diktatur, Frieden oder Krieg!

Bei Dir liegt die Entscheidung! Wenn Du den Aufstieg willst und nicht den Niedergang,

Dann stimme für die Deutsche demokratische Partei!

Die Liste der Deutschen demokratischen Partei für unsern Wahlkreis lautet:

1. Debus, Karl, Postsekretär, Halle
2. Koch, William, Gutsbesitzer, Unterfarnstedt
3. Schreiber, Dr., Rechtsanwalt, Halle
4. Geibel, Wilhelm, Farmer, Spollensdorf
5. Bennewitz, Margarete, Frau Justizrat, Halle
6. Holzgese, Friedrich, Ingenieur, Zeitz
7. Mende, Alfred, Kantor, Hohenmölsen
8. von Origaalki, Dr., Wilhelm, Professor, Halle
9. Franke, Dr. Rudolf, Abteilungsdirektor, Cöthen
10. Bertram, Wilhelm, Landwirt, Nord-Germersleben

Deutsche demokratische Partei, Kreisverein Merseburg.

Kluge Frauen
kaufen keine nutzlosen teuren Mittel, sondern wenden sich bei Regelstörungen und Stockungen an A. Schling, Hamburg I. Ausgabe. Machen Sie noch einen Versuch mit meinem anerkannt wirksamen Spezialmittel. Vollkommen unschädlich. Geld zurück. Garantie. Briefe in 3-4 Tagen. Ohne Bernauforderung. Zahlreiche Dank-schreiben. Direktör Versand.

Gummiwaren
Spielapparate, Frauen-tropfen und Frauenartikel
Büchle, Gummischwämme, Seifinger, Dresden 6, Am See 37.

Frauen
Gebrauchen Sie nur die besten bewährten
Menstrua-Produkte erstklassig
Preis M. 15.-. In handlichen
flachen Sortimenten Menstrua
(Kapseln, Kapseln, Pulver und
Seife) Preis M. 24.-. Porto extra
Nachnahme oder Vorkaufsendung.
Laboratorium Kosmetik,
Berlin-Friedenau D 21.

Zahn-Atelier
Hubert Totzke
Markt Nr. 19
Sprechzeit 8 bis 6 Uhr

Neu!
Handarbeits-Album
ist erschienen. Preis 3,50 Mk.
Fritz Hildebrandt,
Kleine Ritterstraße 13.

Sparöfchen
„Küchenschab“
empfehlen
P. Rudolf, Lindenstraße 6.

Bergschenke Wallendorf.
Deutsche demokratische Partei
Kreisverein Merseburg.
Öffentl. Versammlung
am Dienstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr.
ParteiSekretär W. Walter-Merseburg spricht über:
Parteiorgan oder Aufbau.
Alle Männer und Frauen sind dazu eingeladen.
Eintritt 20 Pf. Der Vorstand.

TIVOLI
Sonntag, den 16. Mai,
von nachmittags 3 Uhr an
Großer BALL!
Orchester-Orchester!
Es ladet freundlich ein
Neueste Tängel
G. Lange

Café u. Diele
„Heinrichshof“ Weissenfels
Das vornehme Kabarett
Vom 16. bis 31. Mai, abends 8 Uhr:
Fritz Fabian Humorist und Konfessionar.
Harry u. Coef Jansen Das mondäne Tanzpaar.
Engelbert Wender Sänger zur Laute.
Werner-Duett Gesang- und Tanzpaar.
Lilly Werner Stimmungsmacherin.
Walter Hohmann Instrumental-Virtuos.
Mary Heilmann Vortragskünstlerin.
W. Poschoelle Cello-Virtuos als Gast.
Während der Pausen Künstlerkonzert
In der Diele Schmusmusik

Panorama
im Herzog Christian.
Diese Woche:
Titava
Anmeldungen
zur
**Deutschen
Volkspartei**
nimmt entgegen
das Parteisekretariat:
Alte Deffauer, Damm-
straße 6. Telefon 345.
Parteilisten gratis.

Neue Dachrinnen
sowie
Zinkarbeiten
und Reparaturen
werden sofort ausgeführt.
Carl Höser, Markt 8.
Sonntag 1022.
Kosten-anschläge kostenlos.

Die neuen Postgebühren
ab 6. Mai 1920
auf Karten gedruckt. Mit vorrätig
Die Geschäftsstelle des
Merseburger Korrespondent.

Zukunft,
Bild, Heirat, Reichum usw.
nach System berechnen.
Charakter
nach Charakterist. Mit Ge-
büretabelle u. Schrift einlesen.
Bism., Dannewer,
Schleierbach 124.

Tanz-Unterricht!
Dienstag, den 18. Mai
für alle Rund- und modernen Tänze
beginnt im „Strandschloßchen“ ein neuer Zirkel
Privatzirkel (Gesellsch.-Verein) aus Einzelnunterricht. Jeder
Geschäfts-Anmeldungen erbitte in meiner Wohnung
Schmale Straße 19 C. EBELING, Tanzlehrer

Tanz-Unterricht!
Für meinen Privatzirkel im Hotel Rölke Donner-
stag, den 20. Mai, nachmittags 6.30 Uhr, werden noch
einige Anmeldungen von jungen Damen und Herren
besseren Standes entgegengekommen.
C. Ebeling, Tanzlehrer, Schmale Strasse 19, 2 Tr.

Thüringer Hof.
Großer Ball.
Es ladet freundlich ein
Bruno Knoke.
Sonntag nachm. von 3 Uhr ab

Neues Schützenhaus.
Großer BALL!
Hermann Eisenberger.
Sonntag, den 16. Mai, von nachm. 3 Uhr an

Sunfenburg.
Großer BALL!
Anfang 3 Uhr.
Sonntag den 16. Mai

Sport-Klub „Frish auf“
Reipisch
ladet zu seinem am Sonntag, den 16. Mai 1920,
stattfindenden
Sommerfest
verbunden mit Preis-, Korso- und
Festspielen, Ringtischen und Preisfesten
ergerbeit ein
Der Vorstand.

Ratskeller-Restaurant
Jeden Sonntag
von 5 Uhr bis 11 Uhr:
Künstler-Unterhaltungsmusik
Dir.: Kongermeister F. Ullrich
Otto Krieger.

Dürrenberg
Konditorei
Café Oriel
Jeden Sonntag 8-11 Uhr
Sonntag 4-7 Uhr
Künstler-Musik.

Brenz. Adler
(Stalanderstraße).
Sonntag vorm. ab 1/2 11 Uhr
Unterhaltungs-Musik.

Lipperls Gasthaus
Menschau.
Sonntag, den 16. Mai, von nachm. 3 Uhr ab
Tänzerchen
Musikanten, Fremde u.
Gäste sind herzlich mit-
gekommen. Alterer Preisverein.
Der Vorstand.

Ev. Männer- u. Jugendverein.
Sonntag, den 16. 5. 1920,
abends 8 Uhr
Familien-Abend.

Briefmarken.
Freunde des Briefmarken-
Sammelportos werden jedes
Zusammenkünfte für Bri-
marken, den 19. Mai, abends
8 Uhr, nach dem Hotel Halber
Wand, Gosthardstraße, eingeladen.

